

Darmstädter Initiative gegen Rassismus

ANTI-FASCHIST SEIN IST NICHT GENUG!

Die Aktivität rassistischer und neofaschistischer Parteien steht seit Anfang des Jahres im Mittelpunkt der politischen Diskussion in der Bundesrepublik. Der Wahlerfolg der Republikaner in Berlin und die Postwurfkampagne der Deutschen Volksunion haben viele Menschen empört. In Langen, wo die Deutsche Sammlung - die Wahlfront der FAP - unter dem Motto 'Ausländer Raus' für die bevorstehende Stadtratswahl kandidiert, haben Linke, Grüne, Ausländergruppen und Antirassisten begonnen, sich zu organisieren um, wie auch in anderen Städten, der Ausländerhetze der Neonazis gemeinsam entgegenzutreten. Die Frage, wie wir dem Rassismus und Neofaschismus wirksam begegnen können, stellt sich heute mit besonderer Dringlichkeit.

Langen, Anfang Januar 1989: Anhänger der FAP machen nachts Jagd auf Ausländer. Sie verprügeln zwei junge italienische Mädchen. Ihr Begleiter sucht Zuflucht auf der Polizeistation. Dort wird das Opfer rassistischer Gewalt prompt zum potentiellen Attentäter gestempelt. Unter dem Vorwand, er sei der Urheber eines in der gleichen Nacht erfolgten Brandanschlags auf das Auto des Kandidaten der Deutschen Sammlung, Heinz Reisz, wird der Italiener bis zum frühen Morgen festgehalten. Der Nazi-Überfall auf ihn und seine Begleiterinnen hingegen scheint niemanden zu interessieren.

Dieser Vorfall sollte all jenen zur Ernüchterung dienen, die hoffen, sich im Kampf gegen Ausländerhetze und Neonazismus auf staatliche Unterstützung verlassen zu können. Momentan steht die Forderung nach einem Verbot der FAP, DFU, NPD und anderer rechtsextremer Gruppen, bzw. nach ihrer Nichtzulassung zur Europawahl, im Mittelpunkt antifaschistischer Politik in der BRD. Die Vorstellung, der Staat sei dazu da, uns vor Rassisten und Rechtsextremen zu schützen, mag zwar beruhigend sein. Aber realistisch ist sie nicht. Dies bestätigte auch die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen die Wahlkampfeitung der Nationalen Sammlung, **Der Sturm** durch die Darmstädter Staatsanwaltschaft, die befand, 'Volksverhetzung' finde in diesem Blatt nicht statt. Ein Staats- und Justizapparat, der darauf getrimmt ist, rassistische Ausländergesetze durchzusetzen, Flüchtlinge abzuschieben und Jagd auf sogenannte 'illegale' Ausländer zu machen, ist eben ein denkbar unzuverlässiger Partner im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Die Forderung nach staatlichen Eingriffen gegen neonazistische Organisationen ist kurzsichtig - und zwar nicht nur, weil erfahrungsgemäß dem Verlangen nach repressiven Maßnahmen gegen die Rechte fast immer nur verstärkte Repression gegen Links folgt. Sie ist es vor allem, da sie dem wirklichen Problem - dem zunehmenden Einfluß rassistischer Ideen in der Bevölkerung - ausweicht. Diesem Problem ist nicht durch Verbote, sondern durch die Entwicklung einer

anti-rassistischen Bewegung, zu begegnen, die sich nicht nur gegen Neonazis, sondern gegen alle Formen der Ausländerhetze und -Unterdrückung wendet.

Die Nationale Sammlung will Langen zur 'ersten ausländerfreien Stadt' der Bundesrepublik machen. Mit diesem Schlagwort hofft die FAP, vor allem unter Arbeitslosen, Jugendlichen und deutschen Aussiedlern Eindruck zu machen, die Ausländer als unliebsame Konkurrenten für immer knapper werdende Arbeitsplätze, Wohnungen und soziale Leistungen betrachten. Indem sie die Idee, Ausländer seien Schuld an der Wirtschaftsmisere in besonders aggressiver Form präsentiert - und auch noch ihre Bereitschaft zur Anwendung physischer Gewalt zur Schau stellt - zielt die NS darauf ab, Leute anzuziehen, denen die vergleichsweise gemäßigt rassistische Politik der CDU/CSU inkonsequent und lasch erscheint. Daß rechtsextreme Organisationen mit solchen Mitteln heute ein wenn auch noch begrenztes positives Echo finden, liegt aber daran, daß die ausländerfeindliche Politik der etablierten Parteien über Jahre hinweg rassistische Vorurteile in der Bevölkerung legitimiert und verankert hat.

Das Problem ist, daß Opposition gegen den 'normalen' Rassismus - gegen die Diskriminierung von Ausländern durch Ausländergesetz, gegen die menschenverachtende Behandlung von Flüchtlingen und gegen die immer provokativere rassistische Hetze führender bürgerlicher Politiker - heute nur vereinzelt in Erscheinung tritt. Rassistische Strömungen gewinnen an Einfluß, da es an einer überzeugenden anti-rassistischen Opposition fehlt. Um den extremen Vertretern des Ausländerhasses den Nährboden zu entziehen, genügt es nicht Antifaschist zu sein. Wir brauchen eine Bewegung, die dem Argument, Deutsche hätten ein Interesse daran, daß Ausländer unterdrückt oder abgeschoben werden, konsequent entgegentritt.

Schuld an der Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot und der Verschlechterung der Lebensverhältnisse, sind nicht die Ausländer, sondern Unternehmer und Staat, die die Krise ihrer Profitwirtschaft auf dem Rücken der deutschen ebenso wie der ausländischen Bevölkerung auszutragen suchen. Wir alle haben ein Interesse daran, den Rassismus zu bekämpfen, denn dieser spaltet und schwächt die arbeitende Bevölkerung. Um der Rechten entgegenzutreten muß in die Offensive gegangen werden - nicht nur gegen Randgruppen wie die NS, sondern gegen die staatliche Ausländerpolitik und für die uneingeschränkte Gleichberechtigung von Deutschen und Ausländern.

Die Darmstädter Initiative gegen Rassismus fordert Sie daher auf, sich uns anzuschließen und einzutreten für:

Gleiche Rechte für alle!
Weg mit den Ausländergesetzen!
Schluß mit den Abschiebungen!